

pendlerinnen und Grenzpendler endlich abgebildet wird.

Wir als Landesregierung haben dazu bereits den Gesprächsfaden sowohl mit den Betroffenen in der Region als auch mit unseren Nachbarstaaten, der Bundesregierung und unseren Kolleginnen und Kollegen in anderen betroffenen Ländern aufgenommen.

Ich habe am vergangenen Dienstag Vertreterinnen der Euregios bei mir gehabt. Wir hatten einen intensiven Austausch, bei dem das ein ganz zentrales Thema war.

Wir haben das Thema bei unseren jeweiligen Konsultationen bzw. Treffen mit den nationalen Regierungen von Luxemburg, Belgien und den Niederlanden in jüngster Zeit adressiert.

Finanzminister Marcus Optendrenk und ich haben in diesen Tagen einen Brief an den Bundesfinanzminister auf den Weg gegeben, in dem wir einen kurzfristigen Abschluss neuer Konsultationsvereinbarungen mit den Nachbarstaaten anregen.

Ich habe zudem die gestrige Ministerpräsidentenkonferenz genutzt, um mit Herrn Bundesfinanzminister Lindner darüber zu sprechen, und bringe eine gute Nachricht mit: Unser Anliegen ist auf fruchtbaren Boden gefallen. Er hat zugesagt, Lösungen für Grenzpendlerinnen und Grenzpendler aktiv voranzutreiben und dafür auch aktiv auf Belgien und die Niederlande zuzugehen; Luxemburg hatte sich schon an ihn gewandt. Ich glaube, dass das ein wichtiges Signal für die Bürgerinnen und Bürger im Dreiländereck ist.

(Beifall von der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

All das zeigt: Wir setzen uns bereits mit konstruktiven Gesprächen dafür ein, das eigentliche Problem zu lösen.

Abschließend will ich sagen: Es wäre schön, wenn wir dieses Thema in einem breiten Bündnis über die Regierungskoalition hinaus vorantreiben würden – für mehr grenzüberschreitendes Miteinander, für die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Region und für mehr Europa vor Ort im Alltag. – Herzlichen Dank.

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank, Herr Minister Liminski. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Somit sind wir am Schluss der Aussprache angelangt.

Wir kommen zur Abstimmung. Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, dass der Antrag Drucksache 18/1865 an den Ausschuss für Europa und Internationales – federführend – sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales überwiesen werden soll. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt der Überweisungsempfehlung

zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist diese **Überweisungsempfehlung angenommen**.

Wir kommen zu:

## **8 Straßenblockierer und Museumsrandalierer härter bestrafen – Menschen und Kulturgüter vor radikalem Protest schützen**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 18/1859

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion dem Abgeordneten Wagner das Wort.

**Markus Wagner**<sup>\*)</sup> (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Grünen im Bund fälschen die Expertenberichte zur Kernkraft; ihren Koalitionspartnern von FDP und SPD ist es egal. Die Grünen in NRW wollen den Begriff der Clankriminalität verfälschen; ihr Koalitionspartner, die CDU, steht betreten daneben.

Das sind nur zwei Beispiele aus der endlosen Reihe „grüner Irrsinn mit freundlicher Unterstützung von CDU, SPD und FDP“ – genauso wie bei unserem heutigen Thema, den sogenannten Klimaaktivisten.

Fangen wir gleich mal mit diesem Begriff an. Das sind keine Aktivisten. Das klingt ja so nett nach „aktiv“. Nein, meine Damen und Herren, das sind schlicht und ergreifend Extremisten und Kriminelle.

(Beifall von der AfD)

Jedem ist das klar – es sei denn, er ist Grüner oder hat sich von den Grünen abhängig gemacht.

Wir werden hier in wenigen Minuten den nächsten Nachweis dafür erleben. Warum? Ganz einfach: Ich habe Ihnen heute einen Antrag mitgebracht, der eins zu eins das einfordert, was die CDU im Bundestag als Antrag gegen die Klimakleber eingebracht hat. Aber die NRW-Union wird das hier gleich bei der Abstimmung über ebendiese Bundes-CDU-Forderung ablehnen. Warum? Weil sie hier mit den Grünen regiert.

Sie will die Klimakleber nicht härter rannehmen. Sie sollen weiter mit Suppe und Kartoffelbrei gegen das kulturelle Erbe der Menschheit vorgehen, weiter unsere Straßen blockieren und weiter Menschenleben gefährden, ohne dass wir justizpolitisch nachschärfen.

Allerdings: Die Lage ist noch alarmierender. Wer noch vor ein paar Jahren geglaubt hat, dass unsere

freiheitliche Demokratie tatsächlich in Gefahr geraten könne, wer noch dazu geglaubt hat, diese Gefahr ginge womöglich gar nicht nur von außen aus, also von erklärten Antidemokraten wie Nazis, Islamisten oder Kommunisten, sondern von innen, nämlich von den selbst ernannten Demokraten, dem hätte man wohl vorgeworfen, zu viel George Orwell, Alexis de Tocqueville oder „Fahrenheit 451“ gelesen zu haben.

Leider ist es aber so, dass man, um ein Verständnis dafür zu bekommen, was bei uns gerade abläuft, Orwell genauso wenig zu wenig lesen kann wie Franz Kafkas „Der Prozess“ oder die großartigen Schriften von Alexis de Tocqueville.

Exemplarisch für diese Bedrohung für unseren Rechtsstaat und die Demokratie samt Meinungspluralismus von innen ist der Chef des Inlandsgeheimdienstes, Thomas Haldenwang.

Die Schweizer Weltwoche titelt: „Der Verfassungsschutz ist eine Gefahr für die deutsche Demokratie“.

Ex-Bild-Chefredakteur Julian Reichelt stellt fest:

(Lachen von den Grünen und Frank Müller [SPD])

Geheimdienstchef verharmlost grüne Gewalt. – Und das ist noch sehr nett für das, was dieser Mann so von sich gibt.

Über die Klimaextremisten der Letzten Generation, die selbst von einer neuen grünen RAF, von Pipelinesprengungen, von grünen Partisanen faseln, sagt der Chef des Verfassungsschutzes – Zitat –, das Begehen von Straftaten mache diese Gruppierung nicht extremistisch; damit solle ja nur die Politik aufgerüttelt werden. Der Chef des Verfassungsschutzes gipfelt in der völligen Verkehrung der Wirklichkeit: Sie, also die Klimaextremisten, würden sich – Zitat – damit ja gerade nicht gegen die freiheitlich-demokratische Ordnung richten.

Dieser Mann ist Chef des Geheimdienstes. Dieser Mann soll unsere Verfassung schützen. Dafür wird er von uns bezahlt. Das wäre sein Job. Dass Menschen durch Straftaten ihren politischen Willen durchsetzen wollen, weil es aus ihrer Sicht – Zitat Luisa Neubauer – keine Zeit mehr für Demokratie gebe, dass also die gewalttätige Umgehung demokratischer Regeln die pure Erfüllung des Extremismustatbestandes darstellt: Haldenwang lügt es nicht nur weg. Er verkehrt es ins Gegenteil. Er applaudiert der gewalttätigen Erpressung der Politik durch Apokalyptiker.

Meine Damen und Herren, wer seinen Job derartig verfehlt, der muss weg, und zwar schnell.

(Beifall von der AfD)

Das eigentliche Problem sind also nicht die paar Klimairren, die uns terrorisieren wollen. Eine solche Herausforderung löst man zügig mit den Mitteln des

Rechtsstaates: festnehmen, aburteilen ohne Kuscheljustiz, und das war's.

Das eigentliche Problem ist auch nicht, dass sie der x-te Aufguss einer der immer wiederkehrenden Weltuntergangssekten sind. Allein die Zeugen Jehovas haben schon mehrfach den Weltuntergang prophezeit. Heute klingeln sie harmlos dann und wann an unseren Türen, und keiner nimmt sie ernst.

Das wirkliche Problem ist, dass der grün-linke politisch-mediale Komplex diesen Kriminellen Deckung gibt, sie verharmlost und unterstützt, und das bis herauf zum Geheimdienstchef – derselbe Geheimdienstchef, derselbe politisch-mediale Komplex von Grün bis CDU, von ARD bis SPIEGEL, die das Eintreten für Verhältnismäßigkeit und Grundrechte im schlimmsten DDR-Sprech als Delegitimierung des Staates denunzieren und verfolgen.

Eines der bizarrsten Ergebnisse deckte der Staatsrechtler Professor Murswiek auf – ich zitiere ihn aus der Legal Tribune –:

„Eine Kette des Versagens hat dazu geführt, dass am 14. und 15. Juli 2021 im Ahrtal 134 Menschen ums Leben kamen [...]. So viel ist ein Jahr später klar.“ Das schrieb die Frankfurter Rundschau im Sommer 2022. Inzwischen scheint das allgemeiner Konsens zu sein, [...]. Von ‚Behördenversagen‘, ‚Staatsversagen‘ oder schlicht vom ‚Versagen‘ der verantwortlichen Politiker ist jetzt in vielen Presseberichten die Rede.

Noch vor wenigen Monaten – nämlich im Verfassungsschutzbericht (VSB) 2021, der am 7. Juni 2022 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde – wurden Menschen, die damals schon so geredet haben, vom Verfassungsschutz als Extremisten angeprangert.“

So schützt der Verfassungsschutz nicht mehr vornehmlich die Verfassung, sondern stattdessen die Regierung vor demokratischer Konkurrenz und Kritik – frei nach dem Motto: Wird der Bürger unbequem, ist er plötzlich rechtsextrem.

Es ist der Beginn der Verwirklichung des von Orwell literarisch erfundenen Wahrheitsministeriums. Staatliches Handeln richtet sich immer weniger nach sachlich Richtigem und immer mehr nach ideologisch Gewünschtem.

Ihre Fehler und Fehlentwicklungen sollen mit derartigen Gummiparagrafen gegen Kritik immunisiert werden. Aber wer sich gegen Kritik abschottet und sie bestraft – das zeigt die Geschichte –, wird noch größere, noch schwerwiegendere Fehler begehen. Wir erleben das bei Ihrer dümmsten Energiepolitik der Welt, bei Ihrer gescheiterten Impfpflicht, bei der von Ihnen verantworteten Inflation, der Migration, die nicht geregelt wird, der Bahn, die nicht mehr pünktlich kommt, der Post, die teilweise gar nicht mehr kommt. Die Liste ist lang.

(Lachen von den Grünen)

Wer all das kritisiert, delegitimiert aber nicht den Staat, sondern kritisiert die sichtbaren Mängel Ihrer Politik.

(Beifall von der AfD)

Nicht wir delegitimieren das Vertrauen in den Staat und die Demokratie. Sie delegitimieren sich selbst. Und da Sie sich in gottgleicher Hybris mit dem Staat und der Demokratie gleichsetzen, delegitimieren Sie die mit.

Aber, meine Damen und Herren von der selbst ernannten Gemeinschaft der Demokraten, Sie sind nicht der Staat. Sie sind Politiker auf Zeit. Und es wird Zeit, jetzt endlich beherzt gegen die Klimakriminellen vorzugehen.

Während sich alle anderen Parteien den Grünen unterwerfen, verspreche ich für uns als AfD: Wir werden uns dem grünen Unsinn, der so schädlich für unser Land ist, nicht anpassen. Wir werden uns diesem gefährlichen Irrsinn niemals unterwerfen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Für die CDU-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Dr. Katzidis.

**Dr. Christos Katzidis** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Verehrter Kollege Wagner!

(Elisabeth Müller-Witt [SPD]: Verehrt?)

Erstens. Mit Ihrer permanenten Denunziation demokratischer Parteien bringen Sie eines immer und immer wieder zum Ausdruck: Ihre Ablehnung der Demokratie – und nichts anderes.

(Beifall von der CDU, der SPD und den GRÜNEN – Lachen von Christian Loose [AfD] – Markus Wagner [AfD]: Das ist Ihre Hybris!)

Zweitens. Ich fühle mich gerade wie an einem Freitagabend zu Hause auf der Couch, während im Fernseher der Film „Und täglich grüßt das Murmeltier“ läuft. Sie bringen hier permanent Anträge ein, die Sie woanders abgeschrieben haben. Diesmal haben Sie es im Antrag selbst zumindest offen kommuniziert. Das macht es aber nicht besser, dass Sie nichts Eigenes haben, sondern immer von anderen abschreiben.

Bei all dem, was Sie hier eben wieder zum Besten gegeben haben, fühlte ich mich manchmal wie in einer Märchenstunde. Das ist schon sehr beeindruckend, was Sie hier immer vom Stapel lassen. Das zeigt sehr deutlich Ihre Gesinnung. Das zeigt sehr deutlich Ihr Staatsverständnis. Es zeigt auch sehr deutlich, wie Sie eigentlich ticken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie haben hier ein paar Vorwürfe erhoben und gesagt, dass wir vielleicht bestimmte Dinge ablehnen, weil wir mit den Grünen in einer Koalition sind. Wir lehnen Dinge nicht in Abhängigkeit von unserem Koalitionspartner, sondern aus anderen Gründen ab. An dieser Stelle möchte ich zwei Gründe dafür anführen.

(Lachen von Christian Loose [AfD] – Zuruf von Markus Wagner [AfD])

– Ja, Sie können ja darüber schmunzeln. Herr Wagner, die Menschen hier im Land Nordrhein-Westfalen, aber auch in Deutschland insgesamt sind nicht so dumm, für wie Sie sie halten. Sie versuchen immer, die Menschen einzukaufen. Sie versuchen, den Menschen etwas vorzumachen. Sie versuchen, Hass und Hetze und Angst zu schüren. Damit kommen Sie nicht durch, meine sehr geehrten Damen und Herren von der AfD.

(Beifall von der CDU und der SPD)

Das wird sich auch zukünftig relativieren, denke ich. Die Menschen merken sehr deutlich, wer zu dem steht, was er kommuniziert, und ob der Staat funktioniert oder nicht funktioniert.

Der Rechtsstaat funktioniert auch bei diesem neuen Phänomen. Das sehen Sie, wenn Sie sich verschiedene Strafen angucken, was diese Klimakriminellen angeht, die Straftaten begehen.

Insofern besteht in der jetzigen Situation auch keine Notwendigkeit, Strafen heraufzusetzen, zumal – das haben Sie auch selbst dargestellt; Sie haben es ja von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion aus dem Bundestag abgeschrieben – auch fast alle Beschlusspunkte auf der Bundesebene angesiedelt sind. Insofern gehört ein solcher Antrag auch dahin. Dort ist er ja auch debattiert worden. Wir können ihn auch deshalb ablehnen, weil er hier gar nicht hingehört. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank, Herr Kollege Dr. Katzidis. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt der Kollege Bialas.

**Andreas Bialas**<sup>\*)</sup> (SPD): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich zitiere:

„[...] handwerklich schlechter geht es kaum.“

„[...] erschließt sich nicht.“

„Schlimmer ist, dass Ihnen offenbar nicht bewusst ist, dass [...]“

„[...] die Vorschrift passt in den meisten Fällen überhaupt nicht.“

„Genauso wenig durchdacht [...]“

Das ist die Bewertung der AfD selbst zum vorgelegten Merz/Dobrindt-Papier. Denn so spricht die AfD am 10. November 2022 – das ist knapp einen Monat her – im Bundestag zum wortgleichen Antrag der CDU/CSU, den die AfD nun selbst hier eingebracht hat.

(Beifall von der SPD – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Nicht schlecht!)

Natürlich steht im Forderungsteil „sich auf Bundesebene dafür einzusetzen“ statt „Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf“. Ansonsten ist der Antrag aber wortgleich; gut, die Unterschriften sind auch unterschiedlich. Das ist natürlich Provokation mit clownesken Zügen.

Zum Textteil: Was mir fehlt, ist die Auflistung der Störaktionen hier in unserem Haus. Da fehlt mir nämlich der Auftritt der Leute, die hier im Plenarsaal randalierten und vorher und nachher in der AfD-Fraktion mit Bier versorgt worden sind.

(Beifall von der SPD, der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Ich bin mir sicher, dass Sie das nur vergessen haben.

Ich fand das erschreckender als die Aktion auf dem Vordach. Die Dachaktion fand ich blöd, um es einmal ganz ehrlich zu sagen. Das andere war aber der Versuch der Bedrohung der Parlamentarier hier im Hohen Hause.

(Beifall von der SPD, der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Inhaltlich ist die Debatte im Bundestag geführt worden – sehr gut sogar, zumindest bei einigen. Ich verweise insbesondere auf die sehr guten Rednerinnen der Grünen und der SPD. Manchmal bildet es durchaus, wenn man Bundestagsdebatten liest – nicht immer, aber manchmal.

Der Antrag ist im Bundestag mit deutlicher Mehrheit abgelehnt worden. Das wird der hier vorliegende Antrag auch werden. – Somit ist über den vorliegenden Antrag eigentlich alles gesagt.

Aber ich möchte doch noch einige Worte an die Merz-CDU richten. Denn sie sollte schon wissen, welchen Baum sie wo anzündelt und wo er dann zu brennen anfängt.

Was haben wir hier wieder? Den so häufigen Ruf nach Strafverschärfung als Grundlage aller Seligkeit mit der repressiven Strafverfolgung, damit verbunden der Glaube, dass die bisherige Abschreckung nicht reicht und nun noch abschreckender werden muss, damit die Abschreckung auch wirklich abschreckend ist, die Forderung nach Mindestgefängnisstrafen, obwohl der Strafraum bereits jetzt mehrere Jahre zulässt, was wieder einmal Misstrauen in die unabhängigen Gerichte sät, damit einhergehend die Infragestellung unserer staatlichen Handlungs-

fähigkeit, auch die kriminelle Überhöhung des tatsächlichen Geschehens und leider auch der gezielte Versuch, die Klimaschutzbewegung im Ganzen als kriminell zu brandmarken und sie in den Zusammenhang mit Terrorismus zu stellen,

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

sowie – auch das ist geschmacklos – eine völlig unangemessene Verharmlosung des Terrors der RAF in Deutschland.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Die derzeitigen Aktivisten mit dem Terror der RAF in Kontext zu stellen, ist schlicht geschichtsvergessen.

(Beifall von der SPD und Dr. Werner Pfeil [FDP])

Die RAF ermordete brutal über 30 Menschen.

Um das sehr klar zu sagen: Ich habe für diese Form des Protestes, der Störung und der Gefährdung, so wie sie gerade läuft, von welcher Gruppe auch immer, null Sympathie.

(Beifall von Jochen Ott [SPD])

Also: Stellt die Personalien fest, verurteilt und bestraft sie – aber bitte angemessen.

Ein Beispiel: In der Debatte führt die Rednerin der CDU an:

„Seit Februar“

– also in zehn Monaten –

„wurden durch die Blockaden allein hier in Berlin 18 Rettungsfahrzeuge im Einsatz behindert.“

Ja, das ist schlimm. Aber wie viele Rettungsfahrzeuge werden täglich durch eine verkehrte Verkehrspolitik oder andere Gründe ausgebremst? Hunderte!

(Zurufe von der CDU: Oh! – Zuruf von Markus Wagner [AfD])

Stau kennen wir zum Glück in NRW gar nicht mehr. So wird es hier nicht beseitigt, sondern wegmoderiert.

Den oder die wollen Sie auf jeden Fall für drei Monate ins Gefängnis bringen und nicht darauf vertrauen, dass eine unabhängige Richterin eine angemessene Strafe findet, deren Strafraum mehrere Jahre aufweisen könnte?

Ja, die Klimaschutzbewegung scheint auch von linksradikalen Elementen als Darstellungsraum benutzt zu werden. Ja, das finde ich richtig daneben. Aber ganz ehrlich, trotz aller Kritik an unserem Innenminister: Da vertraue ich auf ihn. Da vertraue ich auf den Innenminister, der bisher immer darauf verwies, hier zu überwachen und zu überprüfen.

Wollen Sie wirklich jemanden, der sich am Boden festklebt, für mindestens drei Monate ins Gefängnis

stecken? Seien wir mal nicht so sicher, dass da nicht bald unsere eigenen Kinder sitzen könnten.

Dazu noch – auch das kommt jetzt immer wieder –: Unser nationales Kulturgut wird angegriffen. – Skandalisierungsschrauben werden hochgedreht, Suppe oder Brei gegen Kunst. Als Kulturpolitiker oder Kunstliebhaber brauche ich wohl nicht zu sagen, wie ich das finde. Aber auch da mal bitte runterkommen! Kein Gemälde ist bisher beschädigt worden. In Dresden ist der Rahmen in Mitleidenschaft gezogen worden, ein Schaden zwischen 2.000 und 5.000 Euro. Schlimm genug! Dann sage ich: Lasst es sie doch bitte zahlen. Bemühen wir auch die zivilrechtlichen und finanziellen Ansprüche.

(Beifall von der SPD und Dr. Werner Pfeil [FDP])

Straftaten: ja, klar. Strafen dafür: ja, bitte. Ich habe auch immer den Grundsatz: Was nichts kostet, ist nichts. Aber auch hier gilt: angemessen. Denn man sollte die Kirche im Dorf lassen oder, wie Sie zuletzt immer so gern sagten, Maß und Mitte finden. Ich kann nur sagen: Das habe ich bei meinem Vorredner und Kollegen Dr. Katzidis gefunden.

Wie ist denn die aufgeworfene Frage der Aktivisten? Sie lautet leider: Schützt der Staat die angegriffenen Produktionen der Kultur, also der Verwandlung der Natur durch den Menschen, mehr als die natürlichen Grundlagen seiner eigenen Existenz, und wie repressiv handelt er dann? Da laufen Sie mit Empörungsgesetzter direkt in die sichtbar aufgestellte Diskursfalle hinein. Ich kann nur sagen: Herzlichen Glückwunsch!

Zuletzt: Alle erzählen immer, Klimaschutz sei wichtig. Aber was erlebt man allzu oft auch? Lippenbekenntnisse. Selbst die Energiewende wird jetzt nicht durch gut begründbare Erkenntnisse beschleunigt, sondern durch einen Krieg und die Einsicht, dass man sich besser von Abhängigkeiten löst, weil es sonst zu teuer wird. Wir handeln doch meist auf Notlagen und Druck.

Das ist leider oftmals ein politisches Prinzip, welches sich nun die Aktivisten zu eigen machen. An der Stelle provozieren sie, mich übrigens auch. Ich könnte aus der Haut fahren, aber dann muss man wieder in seine Hülle zurück. Es gefällt mir überhaupt nicht.

Aber bringen wir mal nicht zu viele und zu lange die Falschen ins Gefängnis, die uns dummerweise auf ganz viele Fehler in der eigenen Politik aufmerksam machen. Das wäre die Reaktion eines reaktionären Systems, aber nicht unseres Landes. Machen wir lieber gute Politik. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank, Herr Kollege Bialas. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Dr. Höller.

**Dr. Julia Höller (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Ich halte es sehr kurz. Ihr Verständnis von Rechtsstaatlichkeit und von Demokratie ist alarmierend. Der Verfassungsschutz in Bund und Land hat sich klar zu den Klimaaktivistinnen geäußert und sieht keine Anhaltspunkte für eine Radikalisierung hin zu einer verfassungsfeindlichen Bestrebung. Ich vertraue dieser Einschätzung. Dass Sie ein Problem mit dem Verfassungsschutz haben, wundert mich jetzt nicht.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Wir müssen uns mal bewusst machen: Vorgestern wurde ein geplanter rechtsterroristischer Staatsstreich verhindert.

(Zuruf von Markus Wagner [AfD])

Ich danke den Einsatzkräften von Herzen dafür, die diese Razzia durchgeführt haben, dass es dazu nicht gekommen ist.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Man muss sich das wirklich mal überlegen. Es ist ein starkes Stück, dass wir zwei Tage danach unsere Zeit hier in diesem Hohen Haus damit verbringen, uns mit der angeblichen Radikalisierung von Klimaschützer\*innen auseinanderzusetzen. Ein geplanter Staatsstreich wurde aufgedeckt, ein Vorhaben, das durch den Einsatz militärischer Mittel und Gewalt verwirklicht werden sollte und bei dessen Gelingen eine ehemalige Bundestagsabgeordnete Ihrer Partei als Justizministerin vorgesehen war.

Ja, es gibt nur eine Antwort: Der Rechtsextremismus ist die größte Gefahr für unsere Demokratie.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Dass Sie sich hier und heute trotzdem lieber damit beschäftigen wollen, die gesamte Klimabewegung und deren berechtigtes Anliegen zu kriminalisieren, sollte uns eigentlich nicht mehr wundern, spricht aber trotzdem Bände. Ihr Antrag ist Mimimi auf niedrigstem Niveau. Wir lehnen ihn selbstverständlich ab. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank, Frau Kollegin Dr. Höller. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt der Kollege Dr. Pfeil.

**Dr. Werner Pfeil (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Beim Durchlesen des Antrags sticht bereits ein Satz in Zeile 2 ins Auge: „Die AfD verteidigt diese

Werte“ – es geht um das Versammlungs- und Demonstrationsrecht –, „wo immer es geht.“ Ich frage mich: Wo schützt die AfD das Versammlungsrecht, und wo schützt sie das gewaltsame Demonstrationsrecht? „Wo geht es denn immer“, nach Ihren Worten?

Offensichtlich geht es wohl vor allem dann immer, wenn es sich um rechtsgerichtete Demonstrationen und AfD-Anhänger handelt, auch wenn von diesen Gewalt ausgeht, beispielsweise bei der Demonstration am 07.10.2022 in Berlin, zu der die AfD aufgerufen hatte und bei der 25 Strafermittlungsverfahren unter anderem wegen des Verdachts des Raubes, der Körperverletzung, der gefährlichen Körperverletzung, der Beleidigung und des Zeigens des Hitlergrußes eingeleitet worden sind.

(Jochen Ott [SPD]: Hört, hört!)

Dann geht es wohl immer, Herr Wagner.

Aus diesem Grund fällt es bereits schwer, die Intention des Antrags, den wohlmeinenden Schutz von Bürgern und Kulturgütern, zu begreifen. Der deutsche Rechtsstaat hat ausreichende Instrumente, gegen alle vorzugehen, die geschützte Rechtsgüter verletzen und gegen Straftatbestände verstoßen. Diese Rechtsvorschriften gelten für alle, unabhängig davon, ob es sich um Klimaaktivisten, um rechts- oder linksextreme Gruppen oder auch „nur“ – in Führungszeichen – um unbescholtene Bürger handelt.

Was Sie, die AfD, in Ihrem Antrag dagegen fordern, ist einseitig. Klimaaktivisten sollen zukünftig härter und zeitnäher bestraft werden. Wenn man diese Aussage ganz kurz auf sich wirken lässt, heißt das nichts anderes als die Einführung eines Zweiklassenstrafrechts. Als Klimaaktivist soll man härter und schneller bestraft werden als andere Straffällige. Das kann wohl nicht im Ernst das sein, was Sie meinen.

Andere Forderungen Ihres Antrags sind maßgeblich populistischer Natur wie, „sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, Kunstwerke und Kulturgüter als Teil unseres kulturellen Erbes“ besser vor Straftaten zu schützen. Dies soll durch Erhöhung des Strafrahmens geschehen. Durch einen höhere Strafrahmen werden aber Kulturgüter nicht besser geschützt.

Jemand, der dadurch Aufsehen erregen möchte, dass er Kartoffelpüree auf ein Gemälde von Monet oder Tomatensuppe auf ein Gemälde von van Gogh wirft oder sich daran festklebt, wird sich nicht von einem höheren Strafrahmen abhalten lassen. Wichtig ist es dagegen, entschlossen gegen solche Täter vorzugehen und ihnen zu zeigen, dass die Gesellschaft solche kriminellen Machenschaften nicht toleriert.

Wir lehnen Gewalt in jeglicher Form ab, egal von wem und unabhängig davon, mit welcher Intention sie verübt wird. Auch wir beobachten mit großer Sorge, wenn Klimaaktivisten zur Durchsetzung ihrer Ziele zu immer radikaleren Mitteln greifen und

verurteilen gerade die kürzlichen Aktionen der Letzten Generation.

Allerdings sind die geforderte Schaffung von neuen Straftatbeständen und die Erhöhung des Strafrahmens hierfür gar nicht erforderlich. Das deutsche Strafrecht bietet bereits jetzt ausreichend Instrumente.

Beispielsweise können Personen, die solche Straftaten begehen, die sich also auf Startbahnen von Flughäfen wie in Berlin oder auch gestern in München festkleben und dadurch den Flugverkehr in gefährlicher Weise beeinträchtigen nach § 315 StGB mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren bestraft werden. Sachbeschädigung kann mit Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren geahndet werden, Nötigung mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren.

Eine konsequente Strafverfolgung und Ausschöpfung des bestehenden Strafrahmens sind daher völlig ausreichend.

Abschließend möchte ich noch darauf hinweisen, dass wir uns von einer Partei, die selbst die Werte der Demokratie mit Füßen tritt und vom Bundesamt für Verfassungsschutz als sogenannter Verdachtsfall eingestuft wurde, sicher nicht zur vermeintlichen Rettung demokratischer Werte instrumentalisieren lassen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank, Herr Kollege Dr. Pfeil. – Für die Landesregierung spricht jetzt Minister Dr. Limbach.

**Dr. Benjamin Limbach,** Minister der Justiz: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In einer freiheitlichen Gesellschaft wie der unseren müssen Herausforderungen wie die Energiekrise oder die Bekämpfung des Klimawandels offen und streitig diskutiert werden können und werden das auch. Der demokratische Diskurs ist ein wichtiger Antrieb für politische Prozesse.

In Anbetracht des vorliegenden Antrags möchte ich deshalb meine Achtung und meinen Respekt vor den Menschen in diesem Land kundtun, die mit legalen Protesten für ihre Anliegen werben und zur friedlichen und demokratischen Willensbildung beitragen. Das gilt ganz besonders für die vielen jungen Menschen, die sich für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, sprich: unserer Schöpfung, einsetzen. Wir können froh sein, eine solche junge Generation zu haben.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Die Proteste müssen sich jedoch selbstverständlich in den gesetzlichen Grenzen bewegen, insbesondere in den Grenzen, die das Strafrecht zieht.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Jochen Ott [SPD]: War das jetzt das Echo? – Heiterkeit von der SPD)

Als Minister der Justiz ist es meine Aufgabe, eine parteiunabhängige und rechtsstaatliche, frei von politischen Einflüssen agierende Strafjustiz sicherzustellen. Es steht uns gut an, diese Gewaltenteilung, die in Deutschland hart erkämpft worden ist, nicht infrage zu stellen. Sie ist das Erkennungszeichen jeder wirklichen Demokratie.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Drei Dinge möchte ich in dieser Debatte besonders betonen:

Erstens. Auch bei Anliegen von überragender Bedeutung dürfen nur demokratische und gewaltfreie Mittel eingesetzt werden. Rechte anderer Menschen dürfen weder verletzt noch gefährdet werden.

(Beifall von der CDU, den GRÜNEN und der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Um diesen Grundsatz der Gewaltfreiheit politischer Auseinandersetzung ist in unserem Land lange gerungen worden. Seit 1949 ist er wesentlicher Teil unseres Gesellschaftsvertrages, des Grundgesetzes. Es ist das Fundament, auf dem unser demokratisches Haus steht.

Politische Ziele müssen auf legalem Wege und durch demokratische Prozesse umgesetzt werden. Dem dienen so wichtige Grundrechte wie die Versammlungsfreiheit, die Meinungsfreiheit und das Recht, an Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen. Das sind legitime Protestformen. Die gewaltsame Durchsetzung politischer Ziele muss in jedem Fall geächtet werden.

Zweitens. Als Trägerinnen und Träger staatlicher ebenso wie politischer Verantwortung dürfen wir aber auch nicht in eine hysterische Rhetorik verfallen und müssen Vorverurteilungen vermeiden. Stärken wir stattdessen das Vertrauen in unsere Gesetze, in unsere Staatsanwaltschaften und Gerichte, in unsere Polizei.

(Beifall von der CDU, den GRÜNEN und der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Polizei und Ordnungsrecht sowie unser Strafrecht bieten den Rahmen, mit den gegenwärtigen Protestformen umzugehen. Der Staat muss auch in schwierigen Situationen besonnen handeln.

Klar ist: Wir werden die Entwicklung aufmerksam verfolgen und, wo notwendig, auch reagieren. Wenn aber ohne begründeten Anlass pauschal

Strafverschärfungen gefordert werden, dann ist das Aktionismus, den unser Rechtsstaat nicht verdient hat.

(Beifall von der CDU, der SPD und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Zu besseren Strafgesetzen führt das regelmäßig nicht.

Drittens. Mein Appell richtet sich auch an die Protestierenden. Wenn eine große Mehrheit in unserer Gesellschaft bestimmte Protestformen für falsch und sogar für schädlich hält, dann sollten die Verantwortlichen auch bereit sein, ihr Vorgehen selbstkritisch zu hinterfragen. Gesellschaftliche Mehrheiten für einschneidende Veränderungen sind nicht immer leicht zu gewinnen – wir Grünen wissen, wovon ich spreche –, dafür aber umso schneller zu verlieren.

Zum Schluss: In dem vorliegenden Antrag ist von Radikalisierung, Gewaltbereitschaft und Terrorismus die Rede. Ich möchte diese Worte in den richtigen Kontext stellen.

Gerade mussten wir erleben – Frau Kollegin Höller hat darauf hingewiesen –, wie eine nur auf den ersten Blick skurrile Gruppe um einen Prinzen und eine ehemalige Bundestagsabgeordnete der AfD einen terroristischen Staatsstreich geplant hat. Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich bei unseren Sicherheitsbehörden im Bund und in den Ländern bedanken, die die Gefahr von rechts früh erkannt und schnell und nachhaltig gehandelt haben.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Dieser Vorfall bestätigt leider eindrucksvoll, was wir von CDU und Grünen im Zukunftsvertrag festgehalten haben. Ich zitiere: „Rechtsextremismus ist derzeit die größte Gefahr für unsere Demokratie.“ Dem, meine Damen und Herren, ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank, Herr Minister Dr. Limbach. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Damit befinden wir uns am Schluss der Aussprache und kommen zur Abstimmung. Die antragsstellende Fraktion der AfD hat zu diesem Antrag gemäß § 42 unserer Geschäftsordnung Einzelabstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 18/1859.

Ich lasse a) über **Punkt II.1 der Drucksache 18/1859** abstimmen. Wer stimmt diesem Punkt zu? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die

Grünen, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist dieser Punkt **abgelehnt**.

Wir kommen b) zu **Punkt II.2 des Antrags Drucksache 18/1859**. Wer stimmt diesem Punkt zu? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist dieser Punkt **abgelehnt**.

Wir kommen c) zu **Punkt II.3 des Antrags Drucksache 18/1859**. Wer stimmt diesem Punkt zu? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist auch dieser Punkt **abgelehnt**.

Wir kommen d) zu **Punkt II.4 des Antrags Drucksache 18/1859**. Wer stimmt diesem Punkt zu? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist dieser Punkt **abgelehnt**.

Wir kommen e) zur Abstimmung über **Punkt II.5 des Antrags Drucksache 18/1859**. Wer stimmt diesem Punkt zu? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist dieser Punkt **abgelehnt**.

Wir kommen f) zur Abstimmung über **Punkt II.6 des Antrags Drucksache 18/1859**. Wer stimmt dem Punkt zu? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist dieser Punkt **abgelehnt**.

Wir kommen g) zur Abstimmung über **Punkt II.7 des Antrags Drucksache 18/1859**. Wer stimmt dem Punkt zu? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist dieser Punkt **abgelehnt**.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das war die Abstimmung über die Einzelpunkte. Da alle Punkte in der Einzelabstimmung **abgelehnt** wurden, ist eine Gesamtabstimmung über den Antrag nicht mehr erforderlich. – Ich sehe hierzu keinen Widerspruch. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/1859 abgelehnt**.

Jetzt kommt meine Lieblingsmappe: Damit, meine Damen und Herren, sind wir am Ende unserer heutigen Sitzung.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall)

Ich wünsche Ihnen noch einen angenehmen Tag und schließe die Sitzung um 14:47 Uhr.

**Schluss: 14:47 Uhr**

---

\*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.